

Frauen im bernischen Postwesen 1675–1798

Weibspersonen durften keine Quittungen ausstellen

Über die Stellung der Frau im bernischen Postwesen ist bisher wenig bekannt geworden. Liest man die Verwaltungsakten des 17. und 18. Jahrhunderts, so taucht man vorerst in eine Männerwelt ein. Doch immer wieder finden sich beim Durchgehen der historischen Quellen Hinweise auf Frauen, die als Botinnen oder Postablagehalterinnen ihrem Erwerb nachgingen. In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde gar die Forderung erhoben, Frauen als bernische Postpächterinnen einzusetzen. Die nachfolgende Zusammenstellung will daher einen Eindruck der Spannweite der Einbeziehung von Frauen in das bernische Postwesen vermitteln.

Nachdem 1675 das bernische Postwesen als staatliches Regal erstmals dem Postgründer Beat Fischer verpachtet wurde, musste dieses Regal von der Obrigkeit gegen aussen und gegen innen durchgesetzt werden. Die Posamentweberin Rägietzin, die ihre Zeitungen weiterhin durch andere Boten empfangen, sei vorzuladen. Man solle mit ihr dahin reden, dass sie ihre Zeitungen inskünftig nur durch die neue Post beziehe und verfertigen lasse. Dem bernischen Postpächter ging es jedoch nicht nur um den Transport, sondern auch um die Herausgabe von Zeitungen. 1677 wurde Beat Fischer mit der Aufsicht über die gesamte Berner Presse betraut.

Euphrosine Fischer, geborene Wurstemberger

An den zehn Postpachtverträgen, die die Berner Obrigkeit zwischen 1675 und 1832 auf Angehörige der Familie Fischer ausstellte, waren 42 Anteilhaber (sechs Generationen) beteiligt. Auf einem Gemälde (1671) im Museum Oberhofen wird der Stammvater Beat Fischer zusammen mit der Gemahlin Euphrosine Fischer, geborene Wurstemberger und ihrem ersten Kind dargestellt. Die Stammutter überlebte ihren Gatten, aber auch alle drei Söhne. Mit ihr lebte das Vermächtnis des Postgründers bis zum Jahre 1727 weiter. Mit ihrem Tod wurde erstmals eine Teilung der gemeinsamen Güter vorgenommen.

Die Töchter und Schwiegertöchter des Postgründers

Aus der Sicht der Postpächter wurde rückblickend festgestellt, dass Beat Fischer mit der Errichtung der bernischen Post sein Vermögen angegriffen habe, so dass seine Nachkommen Schulden zu tilgen hatten. Seine Töchter haben sich aus Mangel an Vermögen ausser Landes schlecht verheiratet. Seine Söhne hinterliessen nach einem arbeitsreichen Leben kaum die eingebrachten Mittel ihrer Ehefrauen. Diese Aussagen dürften als Untertreibung gewertet werden. Den nachfolgenden Postpächtern gelang es jedenfalls immer wieder Heiratsbeziehungen zu den angesehensten bernischen Familien zu knüpfen, wobei die Rechte der Ehefrauen in Eheverträgen festgelegt wurden.

Nutznussung von Postpachtanteilen

Nach dem Tode eines Pächters erfolgte die Nutzniessung des Postpachtanteils für die verbleibende Vertragsdauer durch die Witwe, wobei sich diese durch «Vögte» rechtlich vertreten liessen. So wandte sich 1726 Albrecht Müller, als Interessensvertreter der Erben an die Obrigkeit. 1728 erfolgte ein Erbschaftsvertrag zwischen den Erben Katharina Fischer (geb. Steiger) im Posthaus, Frau Margarete Fischer (geb. Rodt) von Steinbach und Johann Emanuel Fischer. Beat Fischer (dritte Generation) wirkte anschliessend bis 1733 als Hauptpostpächter. Inner- und ausserhalb der arbeitsteilig organisierten Postorganisation betätigten sich auch Frauen.

Die Burgdorfbotin
Anna Maria Grimm 1734

Die Burgdorfbotin Anna Maria Grimm war, zusammen mit ihrer Tochter, für die Überbringung der amtlichen Sendungen auf das Schloss Burgdorf zuständig. Die beiden Botinnen hielten zudem «eine halbe Messagerie (reguläres Fuhrwesen)», die zwischen Bern und Burgdorf verkehrte. Für jeden Privatbrief und für jedes Pfund Gewicht (Pakete) stand ihnen, gemäss einem Vertrag mit den Postpächtern, ein halber Batzen zu.

Der Autor

Hermann Deninger-Literaturpreis 1990 an Thomas Klöti.
Die Stiftung zur Förderung der Philatelie und Postgeschichte e.V. in Frankfurt a.M. verlieh den Hermann Deninger-Literaturpreis 1990 dem Autor Thomas Klöti für das Buch «Die Post: Ein «Geschäft» – für wen?»

Die Postpächter teilten 1734 der Obrigkeit mit, dass sie über Angebote verfügten, die dieses Botenwerk um den halben Teil wohlfeiler offerierten. Aus Erbarmen und «wegen fleissiger Verrichtung» wolle man jedoch dieses den beiden Botinnen nicht entziehen.

Stümpelbotinnen 1734

Die Durchsetzung des bernischen Postregals gegenüber unbewilligten Boten («Stümpelboten») oblag der Berner Obrigkeit. Bei einer 1734 durchgeführten Kontrolle wurden neben männlichen auch mehrere weibliche Stümpelbotinnen angehalten, die dem Postregal zuwiderhandelten: Der Erlach-Botin nahm der obrigkeitliche Aufseher einen versiegelten Brief und ein «Blätterli» mit Geld ab. Die Botin von Cudrefin habe ihre Briefe einer anderen Weibsperson gegeben, die diese in einem «Säckli mit Habermehl» versteckte. Der Aufseher Johann Rudolf Lässer erwähnte auch, dass er während zweier Tage vergebens nach Boten und Botinnen Ausschau hielt. Dann habe er wiederum die Erlach-Botin mit etwelchen Briefen angetroffen und der Frienisberg-Botin einen Brief nach Biel weggenommen. In Neuenburg informierte er sich beim Postkommiss, welche Boten oder Botinnen bekannt seien. Er erhielt einen Hinweis auf die Cudrefin-Botin sowie auf eine Botin, die nach Bern gehe, deren Namen aber unbekannt sei. In Yverdon ergab sich ein weiterer Hinweis auf eine Mutter und eine Tochter, die als Botinnen wirkten. Bei Lausanne konnte der Aufseher schliesslich einer Botin vier Briefe von Vevey abnehmen, die für Neuenburg bestimmt werden.

Die Übertragung von Postpachtanteilen

Mit Eheverträgen und Erbschaften wurden die Rechte der weiblichen Erben von Postpächtern gewahrt. Die Witwe eines Postpächters konnte ihren Postanteil aber auch abtreten: Elisabeth Fischer (geb. Daxelhofer) eröffnete 1764 ihren drei Söhnen den Weg für die Aufnahme in einen bereits laufenden Postpachtvertrag. Ein derart eigenmächtiges Vorgehen wurde im nachfolgenden Postpachtvertrag durch einen neuen Vertragspunkt verhindert. Die Obrigkeit beharrte darauf, dass nur ursprüngliche Vertragsunterzeichner ihre Rechte ausüben konnten.

Weibliche Postbürokommiss 1769

Auch für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts gibt es Hinweise, dass Frauen im bernischen Postwesen tätig waren. Im Verzeichnis der Postbüros der bernischen Fischerpost von 1769 ist in Aarburg eine Witwe Aerni und in Romainmôtier eine Witwe Mathieu als Postkommiss eingetragen. Diese dürften neben ihren Erbrechten selbst aktiv mit Hand angelegt haben.

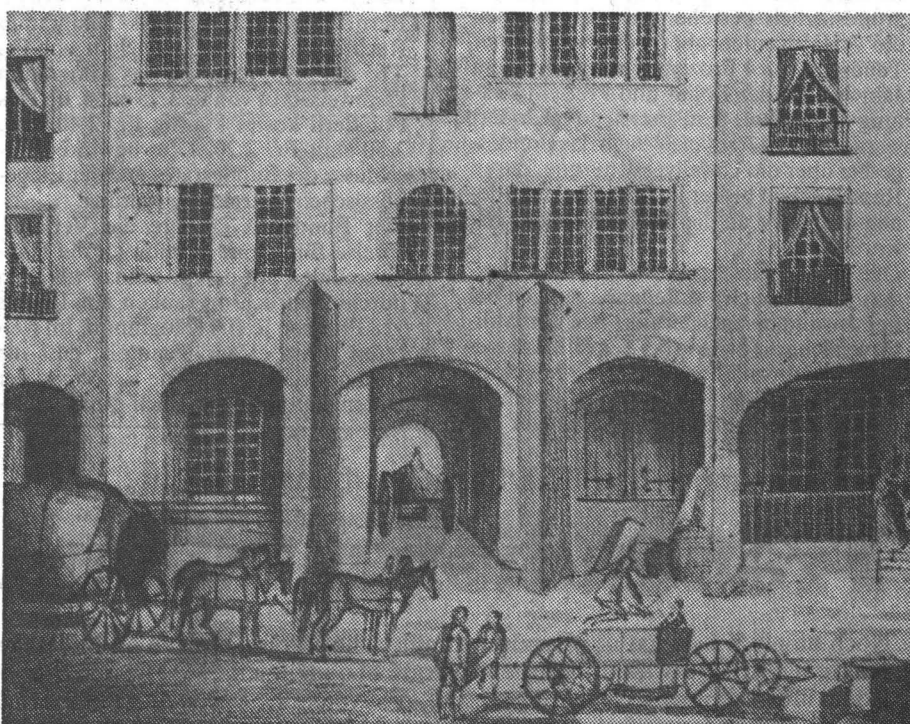
Ein Erbschaftskonflikt 1773

1773 trat eine Konfliktsituation ein. Emanuel Fischer verstarb, ohne männliche Nachkommen hinterlassen zu haben. Eine friedliche Übereinkunft war nicht zu finden. Die Töchtermänner Karl Albrecht Frischung und Isaak Albrecht Steiger wollten im Namen ihrer Ehefrauen Elisabeth Frischung (geb. Fischer) und Johanna Margarete Steiger (geb. Fischer) einen Anspruch auf die Erträge des kommenden Postpachtvertrags geltend machen.

Die herausgeforderten Postpächter einigten sich darauf, dass die Interessenvertretung der Erben durch Bevollmächtigte aus der Familie der Postpächter zu erfolgen habe. Dieser einstimmige Beschluss wurde «aus guten Gründen» nicht ins Manual der Postpächter eingeschrieben. Zudem lagen zwei weitergehende Entwürfe vor, die die Rechte der weiblichen Nachkommen einschränken wollten: Das erste Projekt sah bei einem Anteilhaber der nur Töchter oder weibliche Erben hinterlasse ein Loskauf des Postanteils des Erblassers vor. Denn weibliche Nachkommen hätten nach dem Tode eines Anteilhabers keinen Anspruch auf Anteil, Erträge und Verwaltung des Postwesens. Das zweite Projekt forderte gar, die weiblichen Nachkommen gänzlich von der Erbschaft auszuschliessen. Wenn ein An-



Der Stand Bern, versinnbildlicht auf einer Landkarte von Matthäus Seutter.



Das alte Berner Posthaus.

teilhaber nur weibliche Nachkommen hinterlasse, habe dessen Anteil der «gemeinen Postmasse» anheimzufallen. Anstelle einer Abänderung wurde jedoch das seit 1765 bestehende Familienreglement bekräftigt und die vorfristige Erneuerung des Pachtvertrags beantragt.

Die bürgerliche Standesgleichheit

Nun gelangten Frischung und Steiger in einer Denkschrift an die Obrigkeit. Die Sprache ist direkt und lässt aufhorchen: «Ob die Töchteren nicht auch gleich Brüdern, bei Erneuerung der Post-Ferme, sich, als gleichfalls von dem Stifter (Beat Fischer) abstammende, für dieselbe bewerben können?» Ein neues Selbstverständnis tönt auch aus der Bemerkung: «Haben die nun in Gott ruhenden Herren Väteren Fischer, Ihr Gut und Ihr ganzes Vermögen, bei Etablierung dieser Posten aufs Spiel gesetzt, so fragen wir? sind es nicht eben auch die Väterer unserer geliebten Ehefrauen gewesen? welche ein gleiches getan haben?» Die Verfasser der Denkschrift scheuten sich zudem nicht, sich sowohl «von der heutigen, als von der zukünftigen Welt» beurteilen zu lassen. Erstmals trat somit die Forderung auf, weibliche Nachkommen des Postgründers Beat Fischer als «gleichrechthabende Descendenten», und damit als Vertragsteilhaberinnen einzusetzen. Trifft man auf eine Textstelle, die eine Mitberücksichtigung der Töchter fordert, so denkt man zuerst an die Interessen ihrer Ehemänner. Vor Gericht mussten sich Frauen zum Beispiel durch einen Vogt vertreten lassen. Die Ernsthaftigkeit, mit der dieses neue Anliegen vertreten wurde, deutete jedoch auf einen Wandel in den Familienstrukturen hin. Bei näherem Hinsehen taucht ein sozialpolitisches Konzept auf. Die Forderung nach Gleichberechtigung von Brüdern und Schwestern in der Teilhabe am Postpachtunternehmen war als ein ernstgemeinter Beitrag zur Wiederherstellung bürgerlicher Gleichheit gedacht, der man in der Republik Bern lange Zeit nahe gekommen war. Die bürgerliche Standesgleichheit erwies sich im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts als ein brennendes Anliegen. Es musste verhindert werden, dass sich in einzelnen bürgerlichen Familien zu viele Vorrechte ansammelten, die Republik Bern musste vor einer drohenden Oligarchie bewahrt werden. Die mit einer Mitberücksichtigung der weiblichen Erbfolge verbundene Zerstückelung in immer kleinere Anteile und auf immer mehr Familien wurde längerfristig als durchaus positiv ge-

wurde daher beschlossen, dass das Postregal «jederzeit ein Eigentum der Stadt Bern verbleiben» und weder in ein Mann- noch Erblehen verwandelt werden soll.

Die Erbschaftsfrage wurde von der Obrigkeit bewusst als Privatsache ausgeklammert. Die Postpächter erzielten 1774 eine Einigung: Die Schwiegermutter der Herren Frischung und Steiger «geniesse das Benefizium dieser Ferme aus». Mit dem Inkrafttreten des neuen Postpachtvertrags stellten die Postpächter 1778 ihre bisherigen Zahlungen an die Witwe ein. Johanna Fischer (geb. Hakbrett) fühlte sich um die Erträge der nicht zum Kanton Bern gehörenden Teile der Fischerpost geprellt, deren Verträge noch nicht abgelaufen waren. In einer gerichtlichen Auseinandersetzung sollte die Streitigkeit beigelegt werden. Die Gerichtssache wurde der bernischen Postkommission übertragen, um zu verhindern, dass Vertragsbestimmungen öffentlich bekannt gemacht würden. Die Obrigkeit schloss eine weitere Nutzniessung der Verträge durch die Witwe aus und wies darauf hin, dass eine Entschädigung auszuhandeln sei.

Zwischen den Postpächtern und Isaak Albrecht Steiger kam 1786 ein Vergleich zustande. Handelnd als Tochtermann und im Namen der Erbschaft Emanuel Fischers nahm er die bisherigen Forderungen auf Beteiligung am Postunternehmen zurück. Damit war der Weg für eine Abfindung der Erben freigelegt. Die bernischen Postpächter waren bereit 4400 bernische Kronen in bar auszubezahlen, lebenslängliche Portofreiheit für Briefe und Pakete zu gewähren sowie regelmässig die französischsprachige Zeitung von Bern zu liefern.

Der Name Karl Albrecht Frischung taucht in diesem Vergleich nicht auf. Seit 1783 war er Wittwer. Seine Frau, Johanna Margarete Frischung (geb. Fischer), starb mit 35 Jahren. Die Ehe blieb kinderlos. Nach dieser schlimmen Wende seiner Familienverhältnisse konnte Frischung seine bisherigen Forderungen nach Mitbeteiligung an der Postpacht nicht mehr aufrechterhalten.

Der Untergang des Alten Bern 1798

Im Postbüro Lausanne waren zu Versehung des Diensts «Frauenzimmer» angestellt. 1796 erliess die bernische Postkommission den Befehl, dass für Postgeschäfte einzig und allein Männer zu gebrauchen seien. Die Begründung war klar und deutlich: Da Frauen nach den damaligen Gesetzen nicht rechtskräftig handeln konnten, war ihre Unterschrift ungültig. Heute wissen wir, dass das geschriebene Recht oft nach einer Zeit der Wirklichkeit angepasst werden muss. Die Berner Obrigkeit beging 1796 den umgekehrten Weg. Um der um sich greifenden Verunsicherung zu begegnen, musste das gesetzte Recht durchgesetzt werden.

Die bernischen Amtsmänner verfügten jedoch über einen sehr beschränkten Beamtenapparat. Nicht umsonst ging damals das geflügelte Wort um: «Ein Mandat von Bern: Wer es halten will, der tut es gern.» So war man denn auch in den Landbüros des bernischen Postamts anderer Meinung. Der Lausanner Postkommiss Porchat leistete auch einem Ultimatum, seine Tochter nicht mehr zu beschäftigen, keine Folge. Die Postkommission kam auf ihren Beschluss zurück: Man wolle die Weibspersonen nicht von allen Arbeiten, sondern nur von Tätigkeiten ausschliessen, die mit persönlicher Verantwortung verknüpft seien, wie die Taxierung der Briefe, die Ausstellung von Quittungen oder die Einschreibung von Geldsendungen. Die weitere Geschichte dieser Anordnung ist kurz erzählt. Sie liess sich ebenfalls nicht durchsetzen. Die Postkommission schrieb daher dem Postamt, es gehe einzig darum, dem Postwesen rechtliche Sicherheit zu geben. Der Befehl werde dahingehend eingeschränkt, dass nur die Bücher ausschliesslich durch Männer geführt werden. Man erwarte, dass diesem nunmehr überall Folge geleistet werde. Doch auch dabei ergaben sich Hindernisse. Bei der Vereidigung des neuen Postbuchhalters stellte die Postkommission 1797 fest, dass im Wortlaut des betreffenden Eides keinerlei Angaben über die Pflichten eines Postbuchhalters enthalten waren. Die Vereidigung wurde verschoben. Die Postkommission beschloss, diesen Punkt weiter zu beraten. Zu einem Beschluss kam es nicht mehr. Mit dem Untergang des Alten Bern nahm die Geschichte 1798 eine andere Richtung. Die neue Losung lautete: Freiheit und Gleichheit sowie Eintracht und Vertrauen.

Thomas Klöti

Das Buch

Johann Friedrich von Ryhiner und Thomas Klöti, 1990. Die Post: Ein «Geschäft» – für wen? Geschichte des bernischen Postwesens von 1648–1798 und Johann Friedrich von Ryhiners «Bericht über das Postwesen in Helvetien, 1793». Das Buch ist beim Schweizerischen PTT-Museum, Helvetiastrasse 16, 3006 Bern, für achtzig Franken erhältlich und umfasst 719 Druckseiten mit über 150 zum Teil mehrfarbigen Abbildungen.

Quellen: Johann Friedrich von Ryhiner und Thomas Klöti, 1990: Die Post: Ein «Geschäft» – für wen? Sowie zusätzlich: PTT-Bibliothek, Manuale der Postkommission 1–3; Staatsarchiv Bern, Familienarchiv von Fischer I.